

ARBEITSMIGRATION in der Bauwirtschaft



EIN ÜBERBLICK

- ▶ Informieren
- ▶ Beraten
- ▶ Bilden
- ▶ Handeln

Aktivitäten von



Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt



PECO - Institut

Europäischer Verein für
Wanderarbeiterfragen e.V.



European Migrant Workers Union

Polskie
Stowarzyszenie
Pracowników
Migracyjnych



Inhalt

Einleitung	1
<i>Ileana Pfingstgräf-Borsos, Michael Baumgarten</i>	
Ausbeutung in den Subunternehmerketten	2
<i>Benjamin Luig</i>	
Baustelle – Ein gefährlicher Arbeitsplatz	4
<i>Michael Baumgarten</i>	
Finanzkontrolle Schwarzarbeit	5
<i>Thomas Hentschel</i>	
Unsere Initiativen	6
<i>Thomas Hentschel, Ileana Pfingstgräf-Borsos, Sanel Prelic</i>	
PSPM – unser Partner in Polen	10
<i>Agata Zurav</i>	
Bauarbeit zwischen Rumänien und Deutschland	13
<i>Wienfried Senker</i>	
Gewerkschaftsarbeit in Kriegszeiten und solidarische Hilfen	14
<i>Interview von Kateryna Danilova mit Oleg Borysov</i>	
Arbeitskräfte vom Westbalkan	16
<i>Anel Crnovrsanin, Sanel Prelic</i>	

Impressum:

Herausgeber:

Europäischer Verein für Wanderarbeiterfragen e.V.
Schubertstrasse 5
80336 München

Verantwortlich für den Inhalt:

Thomas Hentschel

Fotos:

Ahmad Sharov (S. 7), Agata Zurav (S. 12), Kateryna Danilova (S.14), Wienfried Senker (S. 16)

Layout und Satz:

Mathias Kohlschmidt
www.blickfang-mediendesign.de

Berlin, September 2022

Einleitung

Ileana Pfingstgräf-Borsos, Michael Baumgarten

Deutschland braucht Arbeitskräfte. Ob mit einfacher Qualifizierung oder gut ausgebildete Handwerker. Jährlich kommen seit Jahrzehnten Arbeitskräfte aus anderen Ländern zur Arbeit nach Deutschland. In den 90 er Jahren des vorigen Jahrhunderts stellen wir fest, dass diese Kolleginnen und Kollegen extrem ausgebeutet werden. Gerade in unseren Branchen, der Bauwirtschaft, Landwirtschaft und im Gebäudereiniger Handwerk werden Tarife unterlaufen, Dumpinglöhne gezahlt, unbezahlte Mehrarbeit geleistet etc.

Obwohl diese Beschäftigten selten Mitglied in der IG BAU sind, kümmern wir uns um sie.

Mit der Gründung des Europäischen Vereins für Wanderarbeiterfragen vor fast 20 Jahren erfolgte ein wichtiger Schritt. In den letzten Jahren wurden gemeinsam mit der IG BAU und dem PECO-Institut e.V. Konzepte entwickelt und ausprobiert. Ein weiterer Schritt ist auch die von der IG BAU vorangebrachte Einführung eines speziellen Mitgliedschaftsmodells für Wanderarbeitskräfte.

Besonders in den letzten Jahren ist es gelungen mit vielen anderen Partnereinrichtungen gelungen ein breites Bündnis aufzustellen,

dass viele Wanderarbeitskräfte unterstützt und unser Anliegen die Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen vorangebracht hat.

Gemeinsam mit dem polnischen Wanderarbeiterverband PSPM haben wir eine Brücke nach Osteuropa geschlagen. Es werden konkrete Hilfestellungen schon im Entsendeland gegeben, über Seminare und Konferenzen, insbesondere mit der Friedrich Ebert Stiftung in Warschau erfolgt ein enger Informationsaustausch. So können auf aktuelle Entwicklungen wie derzeit mit der Ukraine kurzfristig reagiert werden.

Mit dieser Publikation wollen wir uns als EVW und PECO-Institut damit auseinandersetzen, welche aktuellen Projekte es bei den Organisationen zum Thema Migration am Bau gibt. Dabei gehen wir auf gegenwärtige Entwicklungen ein, stellen dar, mit welchen Aktivitäten wir erfolgreich waren und geben so Hinweise auf innovative Ansätze für die Zukunft. Somit ist dieser Sammelband auch als Diskussionsgrundlage zu verstehen. Über Kommentare und Anregungen würden wir uns sehr freuen.





Ausbeutung in den Subunternehmerketten

Osteuropäische Beschäftigte werden im Bauhauptgewerbe immer wichtiger, arbeiten aber unter miserablen Bedingungen

Benjamin Luig

Wo man auch hinschaut in Deutschland – es wird gebaut. 400.000 neue Wohnungen sollen nach Plänen der Bundesregierung jedes Jahr entstehen. Die Investitionen in die energetische Gebäudesanierung steigen deutlich. Es gibt kaum eine Autobahn ohne Baustelle auf dem einen oder anderen Streckenabschnitt. Obwohl die Materialpreise jüngst deutlich gestiegen und die Zahl der Baugenehmigungen gesunken sind, hält der Bauboom weiter an. Für 2022 erwartete das DIW im Januar einen Anstieg des realen Bauvolumens um 2,7 Prozent und für 2023 um 3,0 Prozent (DIW 2022).

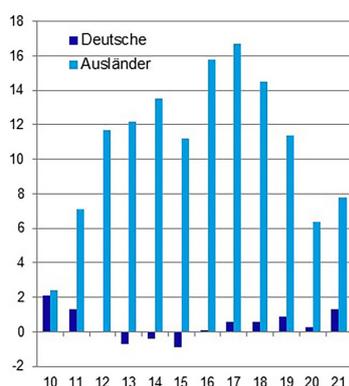
In den letzten zehn Jahren ist der Umsatz in der Bauwirtschaft stetig gestiegen und damit auch die Zahl der Beschäftigten. Die Zahl der Beschäftigten wurde in dieser Zeit fast komplett durch osteuropäische Arbeitskräfte abgedeckt, die für Firmen mit Sitz in Deutschland arbeiten.

Die Zahl der ausländischen Beschäftigten, die sozialversicherungspflichtig im Bauhauptgewerbe in Deutschland arbeiten, hat in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt pro Jahr mehr als 11 Prozent zugenommen. Inzwischen liegt der Anteil von ausländischen Beschäftigten an allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten bei knapp 22 Prozent (siehe Abbildung 1) und kommen ganz überwiegend aus osteuropäischen Ländern.

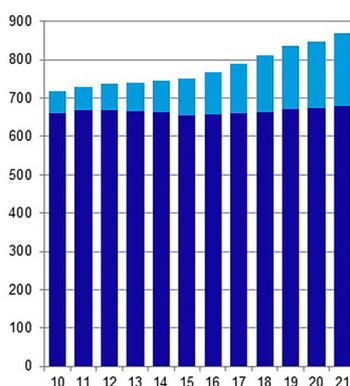
Zu diesen knapp 22 Prozent kommt die Gruppe derjenigen hinzu, die in Deutschland als entsandte Beschäftigte auf den Baustellen arbeiten, also von Unternehmen mit Sitz im Ausland im Rahmen einer Dienstleistung zeitweise nach Deutschland geschickt werden. Auch diese Arbeitskräfte kommen überwiegend aus Ländern wie Polen, Rumänien oder Kroatien.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Angaben jeweils im Juni

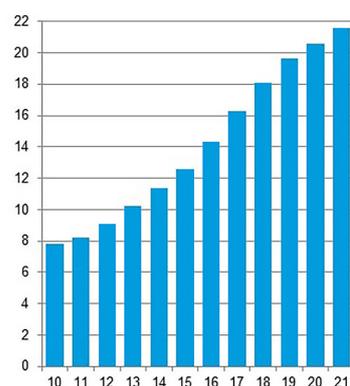
Beschäftigte im Bauhauptgewerbe
Veränderung in % zum Vorjahr



Beschäftigte
Anzahl in 1.000



Ausländische Beschäftigte
Anteil an allen in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Der Bauboom kommt bei den Beschäftigten nicht an

Zunehmende Aufträge und wachsende Beschäftigung klingen gut. Das Problem dabei: Während die Auftragsbücher der Arbeitgeber voll sind, verbessert sich die Situation vieler deutscher und migrantischer Beschäftigter kaum. Oftmals erhalten sie für ihre harte Arbeit keine Tariflöhne, sondern werden nur als Helfer bezahlt, obwohl sie qualifizierte Tätigkeiten verrichten. Zugleich haben Arbeitgeber die Situation trotz eines bestehenden Fachkräftemangels in diesem Jahr weiter verschärft: Sie haben einseitig die Branchenmindestlöhne im Bauhauptgewerbe aufgekündigt.

Hinzu kommt ein weiteres Problem, von dem insbesondere die Kollegen aus Osteuropa betroffen sind: Das Bauhauptgewerbe ist durch die hohe Bedeutung von Subunternehmen gekennzeichnet. Große Bauunternehmen fungieren als Hauptauftragnehmer, haben nur noch einen überschaubaren Stamm an eigenen Beschäftigten und wickeln den Großteil ihrer Aufträge durch die Untervergabe an Werkvertragsunternehmen ab. In vielen Fällen entwickeln sich lange Subunternehmerketten. Wie die Arbeitsmarktexperten Gerhard Bosch und Frederic Hüttenhoff ausführen, ist diese Herausbildung langer Subunternehmerketten nicht durch eine notwendige Spezialisierung zu erklären, die es im Bau immer gab, sondern sie ist kostengetrieben. Subunternehmer vergeben ihre Aufträge oft ihrerseits weiter und wollen Profit machen. Daher lohnt sich die Vergabe nur bei beträchtlichen Unterschieden der Arbeitskosten zwischen Generalunternehmen und Subunternehmen. Da in intransparenten Subunternehmerketten, auf immer wechselnden Baustellen die Einhaltung der Arbeitsstandards schwer zu kontrollieren ist, beruhen die niedrigen Kosten der Subunternehmer oftmals auf illegalen Praktiken (Bosch / Hüttenhoff 2022, S.47). Osteuropäische Kollegen, die für diese Subunternehmen am Ende der Kette ausgebeutet werden, haben oftmals mit verschiedensten Problemen zu kämpfen:

- Zurückhaltung von Löhnen
- Auszahlung zu geringer Löhne, z.B. nicht bezahlte Überstunden, keine Auszahlung von tarifvertraglich definierten Zuschlägen, falsche Eingruppierung.
- Betrug beim Urlaubskassenverfahren der SOKA-BAU

- Scheinselbstständigkeit
- Schwarzarbeit, die einhergeht mit fehlender Sozialversicherung und fehlender Unfallversicherung. In vielen Fällen gibt es eine Kombination von Teilzeitarbeit plus Schwarzarbeit.
- Miserable Unterkünfte zu überhöhten Mieten.
- Hohe Abhängigkeiten von direkten Arbeitgebern in Subunternehmen aufgrund von sozialer Isolation. Diese sind oft nicht einfach Arbeitgeber, sondern organisieren beispielsweise Anreise und Unterkunft und Versprechen die Auszahlung der Löhne im Nachhinein.
- Aufenthaltsrechtliche Abhängigkeiten im Fall der Westbalkan-Regelung
- Undurchsichtige Konstrukte für Beschäftigte aus Drittstaaten, die über ein anderes EU-Land nach Deutschland geschickt werden, um dort zu arbeiten, oft ohne Arbeitslaubnis
- Mangelhafter Arbeits- und Gesundheitsschutz

Die weite Verbreitung dieser Formen von Ausbeutung in einer eigentlich boomenden Branche ist absurd. Um dagegen anzukämpfen, benötigen die Kollegen aus Osteuropa einerseits die IG BAU als starke Gewerkschaft an ihrer Seite und andererseits politische Veränderungen, die solchen Formen von Ausbeutung den Riegel vorschieben.

Für alle gelernten Beschäftigten gilt: sie brauchen Tariflöhne, die ihrer jeweiligen Qualifikation und der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit entsprechen. Außerdem braucht es Branchenmindestlöhne, die deutlich über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen. Notwendig ist die Einführung einer „BauCard“, um die tatsächlich geleistete Arbeitszeit und die Eingruppierung der Beschäftigten digital zu erfassen. Um die Ausbeutung der osteuropäischen Kollegen in den Subunternehmen zu beenden, müssten zudem die Subunternehmerketten auf zwei Glieder pro Gewerk begrenzt werden.



Baustelle – ein gefährlicher Arbeitsplatz

Michael Baumgarten

Auf dem Bau gibt es ein hohes Risiko von Arbeitsunfällen für die Beschäftigten. Es gilt schwere Lasten zu sichern, überall gibt es scharfe Kanten und spitze Gegenstände und häufig wird in großen Höhen gearbeitet. Mit fast 50 meldepflichtigen Unfälle pro 1000 Vollzeitbeschäftigten laut BG BAU im letzten Jahr belegt die Bauwirtschaft branchenübergreifend einen traurigen Spitzenplatz.

Die Beraterinnen und Berater für osteuropäische Beschäftigte des EVW berichten, dass es im Bereich der mobilen Beschäftigten aus Osteuropa besondere Probleme gibt. Dabei geht es vor allem um den Teil der Beschäftigten, der in den zahlreichen Subunternehmen vor allem im Hochbau arbeitet. Wer sich davon überzeugen will, sollte einmal die Berufsgenossenschaftliche Unfallklinik in Frankfurt am Main besuchen. Hier können viele Beschäftigte aus Rumänien, Kroatien oder Polen angetroffen werden, die zum Teil schwere Unfälle bei der Arbeit auf dem Bau hatten und von unhaltbaren Zuständen auf den Baustellen berichten.

Dabei geht es nicht um Subunternehmen, die bestimmte Spezialarbeiten übernehmen. Sondern es geht um diejenigen Subunternehmen, die in der Wertschöpfungskette Bau billige

Arbeitskräfte für Arbeiten wie Eisenflechtereie oder Bauzimmerei zur Verfügung stellen. Den Chefs dieser Subunternehmen geht es häufig ums schnelle Geld und die Sicherheit ihrer Beschäftigten ist ihnen egal. Im Rhein-Main Gebiet zeigen größer angelegte Kontrollaktionen des Zolls immer wieder, wie eng das System mit der organisierten Kriminalität in Verbindung steht.

Die Beschäftigten berichten von großem Druck bei der Arbeit auf der Baustelle. Sicherheitsbedenken würden schnell abgetan. Die rumänische Kranfahrer der Vereinigung „7-Sterne Kranfahrer“ berichten, dass sie beim Beharren auf Sicherheitsbedenken – etwa bei Sturm oder unqualifiziertem Personal am Boden – mit der sofortigen Kündigung rechnen müssten.

Im Nachgang von Arbeitsunfällen würden die Chefs der Subunternehmen häufig alles tun, um den Unfall zu vertuschen. Das zeigt zum Beispiel der Fall eines rumänischen Bauarbeiters, der sich bei einem Arbeitsunfall einen komplizierten Bruch des Armes zugezogen hatte und in eine 1,5 Stunden entfernte Klinik gefahren wurde, wo der Unfall als Privatunfall ausgegeben wurde – leider kein Einzelfall.



Abbildung: Flyer des Projektes QBAU beim PECO-Institut, der im Rahmen einer Kampagne auf bayerischen Baustellen verteilt wurde – selbstverständlich in die relevanten Sprachen übersetzt

Finanzkontrolle Schwarzarbeit

Thomas Hentschel

Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) ist eine Arbeitseinheit des Zoll zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und Sozialleistungsbetrug. Die ca. 7.000 Beschäftigten der FKS haben in 2020 im Rahmen der straf- und bußgeldrechtlichen Ermittlungen rund 817 Mio. € Schadenssumme festgestellt. Durch eine Anfrage der Partei DIE LINKE im

Bundestag liegen gute Informationen über die Ergebnisse der Unternehmensprüfungen der FKS vor.

Laut Statistik gibt es ca. 270.000 Unternehmen im Baugewerbe in Deutschland - die FKS hat im Jahr 2021 bundesweit 13.153 Prüfungen durchgeführt. Insgesamt wurden 10.253 Strafverfahren eingeleitet

Eingeleitete Strafverfahren durch die FKS im Bauhaupt- und Baunebengewerbe im Jahr 2021

Rechtsgrundlage	Verstöße	Anzahl
Arbeitnehmerüberlassung AÜG	z.B. Verleih von ausländischen Leiharbeitnehmern ohne Arbeitsgenehmigung und zu ungünstigen Arbeitsbedingungen	9
Schwarzarbeit SchwarzArbG	z.B. Beschäftigung v. Ausl. ohne ArG und zu ungünstigen Arbeitsbedingungen	36
Beitragsbetrug insbesondere §226 a StGB	Beitragsvorenthaltung - Arbeitnehmerbeiträge	3173
	Beitragsvorenthaltung - Arbeitgeberbeiträge	303
	Beitragsbetrug - Beitragsvorenthaltung - Arbeitgeber- Arbeitnehmerbeiträge (Kettenbetrug)	245
	Beitragsbetrug - Beitragsvorenthaltung - Arbeitgeber- Arbeitnehmerbeiträge	326
Leistungsmissbrauch insbesondere § 263 StGB	Betrug - Leistungsmissbrauch (Empfänger von Sozialleistungen)	2254
Steuerstrafrecht, z.B. § 370 Abgabenordnung	z.B. Steuerhinterziehung	63
illegaler Aufenthalt, Aufenthaltsgesetz	z.B. Aufenthalt ohne Pass und Ausweis (Ersatz), illegale Einreise, Gewerbs- und branchenmäßiges Einschleusen von Ausländern	3541
Übrige Straftatbestände	z.B. Betrug zu Lasten einer Urlaubskasse (100 Fälle), Menschenhandel, Urkundenfälschung	303
		10.253

Darüber hinaus wurden 831 Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen Nichtgewährung von Mindestlöhnen, anderen Arbeitsbedingungen, Arbeitnehmer-Entsendegesetz und Arbeitnehmerüberlassungsgesetz etc. eingeleitet. Verstöße gegen Mindestlohn (nicht strafbewehrt) wird als Ordnungswidrigkeit geahndet. Eingeleitet wurden 831 Ordnungswidrigkeitsver-

fahren. Diese Verstöße fallen jedoch häufig mit dem strafrechtlich bewehrten Vorenthalten von Arbeitsentgelt (passender wäre: Hinterziehung von SV-Abgaben) [§ 266a StGB] zusammen. Ob es sich bei den Verstößen um deutsche Personen oder Wanderarbeitskräfte handelt, ist im Bericht nicht dargestellt.



Unsere Initiativen

Thomas Hentschel, Ileana Pfingstgräf-Borsos, Sanel Prelic

Während die IG BAU für die politische, tarifliche und rechtliche Durchsetzung der Interessen von Baubeschäftigten verantwortlich ist, haben die Organisationen PECO-Institut, EVW und PSPM mittlerweile wichtige vorbereitende Initiativen gestartet und unterstützen insgesamt tatkräftig.

Es werden **Hilfen zur Selbsthilfe** gegeben und den Beschäftigten Hilfestellungen und Wege aufgezeigt, wie sie ihre eigene Situation erkennen und einordnen können, wie Interessen formuliert und letztlich in der Solidarität aller Kolleginnen und Kollegen durchgesetzt werden. In den vergangenen Jahren haben sich verschiedene Schritte herauskristallisiert, die

arbeitsteilig von den einzelnen Trägern wahrgenommen werden:

- ▶ Der EVW und PSPM informiert und berät gemeinsam mit anderen gewerkschaftsnahen Trägern wie Arbeit+Leben und Faire Mobilität die Wanderarbeitskräfte.
- ▶ Das PECO-Institut e.V. beobachtet die Situation und nimmt Qualifizierungsaufgaben wahr.
- ▶ Die IG BAU ist der Kern der Interessenvertretung und organisiert die Durchsetzung von Interessen.

▶ Informieren

Mobil Beschäftigte brauchen gute Informationen über ihre Rechte. Sie benötigen einen besseren und leichteren Zugang dazu auf verschiedenen Ebenen: sichere, von Arbeitgebern unabhängige und muttersprachlich besetzte Beratungsstellen. Mittlerweile gibt es eine Vielzahl davon, die mit gut qualifizierten Kolleginnen und Kollegen mit den unterschiedlichen Sprachen besetzt sind.

Die Beratungsbüros sind der Kern der Aktivitäten. Um den Zugang zur Zielgruppe Wanderarbeitskräfte zu erhalten, suchen Teams Baustellen und Unterkünfte auf und führen Gespräche mit den Beschäftigten. Dabei kommen z.B. auch **Flyer** mit den relevanten Inhalten zum Einsatz, besonders wichtig: die Kontaktdaten zu den muttersprachlichen Beratungsstellen. Firmen und Chefs wollen diese Besuche, Gespräche und Erklärungen oft verhindern. Auch in den Unterkünften, die häufig den Firmen oder einem weiteren Subunternehmen gehören, ist eine aufsuchende Beratung und Information zumeist eine Herausforderung.

Zunehmend wichtiger und erfolgreicher werden digitale Angebote. Dabei können die be-

stehenden Websites von EVW und PSPM als erste Informationsquelle dienen.



Um einen direkten Kontakt und eine Kommunikation mit den Wanderarbeitskräften zu schaffen haben die Projektbeschäftigten des EVW und des PECO-Instituts ihre Aktivitäten im Internet und in den sozialen Medien intensiviert. Die Informationen werden zeitgleich online zur Verfügung gestellt. Dazu gehört die kontinuierliche Verbreitung von Informationen auf den bereits etablierten Social-Media-Kanälen, die aufgebaut wurden und mittlerweile eine große Reichweite entfaltet haben.

► Beraten

Haben die Beschäftigten auf den Baustellen, in den Betrieben Probleme mit der Arbeit und wollen ihre Arbeits- und Lebenssituation verbessern, können sie sich an die Beratungsstellen wenden. Angeboten werden telefonische Beratungen, aber auch Sprechstunden in den Büros. Maßgeblich ist der Inhalt der Problematik. Bei großen und schwierigen Fällen erfolgt die Beratung durch ein persönliches Gespräch mit den Ratsuchenden. In anderen Fällen wird auch per E-Mail, Telefon und über Soziale Medien beraten.

Durch muttersprachliche Beratung haben die Kolleginnen und Kollegen einen guten Zugang zu den Wanderarbeitskräften, was gleichzeitig eine gute Vertrauensbasis schafft.

Der persönliche Kontakt mit den Beschäftigten läuft zunächst in Erstgesprächen, dabei wird auf die Projektvorhaben aufmerksam gemacht. Hierfür werden Faltblätter ausgehändigt und kurze Einzel- und/oder Kleingruppengespräche geführt. Mobilbeschäftigte und erst vor kurzem immigrierte Personen sind sehr vorsichtig im Umgang mit neuen Personen. Ihre Anmeldung zu weiteren Beratungsgesprächen ist nach dem Erstkontakt selten. Deswegen sollen weitere Besuche als vertrauensbildende Maßnahmen fungieren. Ziel dabei ist es, den Ratsuchenden zu verdeutlichen, dass sie durch Verbesserung ihres Wissenstandes besser vor Ausbeutung und Illegalität geschützt sind.

Im Anschluss an den Beratungsgesprächen können bei Bedarf vertiefende Beratungsgespräche aufsuchender Art oder in geschützter Atmosphäre in unsere Büros stattfinden. Die Beratungsgespräche sind sehr unterschiedlich, es finden viele kurze bis hin zu längeren intensiveren Gesprächen statt, von ca. 5 Min. bis zu 2 Std. In der Regel haben wir ca. 5 bis 9 Beratungen in der Woche.

Sehen die Beraterinnen und Berater Möglichkeiten, die Interessen der Ratsuchenden gegenüber den Unternehmen oder auch Behörden, wie z.B. Arbeitsverwaltungen oder Sozialversicherungen durchzusetzen, werden Kontakte zu Anwaltskanzleien bzw. der zuständigen Gewerkschaft vermittelt. Dabei ist es notwendig, dass die häufig sehr komplizierte Rechtslage besprochen wird, schließlich haben die Beratenden mittlerweile umfangreiche Sachkenntnis. Sie werden geschult und über das Netzwerk der Beratungsstrukturen erfolgt ein intensiver Informationsaustausch.

Der EVW informiert die Ratsuchenden auch über die Gewerkschaft, deren rechtliche Kompetenzen und über die Gemeinschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Durchsetzung kollektiver und individuellen Interessen.



Bildungsangebote für Wanderarbeitskräfte gibt es kaum, doch

- ▶ um sich gegen Willkür und Arbeitsrechtsverstöße zu wehren, muss man geschult sein,
- ▶ um bessere Arbeit zu bekommen, muss man wissen wie man sich bewirbt,
- ▶ um qualifizierte Jobs zu bekommen, muss man anerkannte Bildungsabschlüsse besitzen und
- ▶ um sich in die Gesellschaft zu integrieren, muss die Sprache beherrscht werden.

Dabei gibt es viele Möglichkeiten – hier einige Beispiele

Das PECO-Institut und der EVW haben im Wohnheim Frankfurt Griesheim Sprachkurse mit finanzieller Unterstützung des Hessischen Sozialministeriums angeboten. Ziel ist es den Interessierten anhand praktischer Beispiele des täglichen (Arbeits-)lebens die deutsche Sprache zu vermitteln. Der IG BAU wird angeboten im Rahmen der Schulungen auch gewerkschaftliche Themen zu behandeln.

Ein weiterer Ansatz ist die Unterstützung von Azubis bei der Prüfungsvorbereitung. Viele Jugendliche verstehen die Sprache – doch sie haben Probleme den Sinn der häufig verklausulierten Fragestellungen zu verstehen. Hier hat die IG BAU in Bayern angesetzt und mit finanzieller Unterstützung der bayrischen Bauwirtschaft Hilfen für die Prüfungsvorbereitung angeboten und durchgeführt.

Zahlreiche geflüchtete Jugendliche haben diese Angebote angenommen. Doch es nützt wenig, wenn ihnen keine Bleibeperspektive vermittelt wird. Dabei kann die 3 plus 2 Regelung nur ein erster Schritt sein. Gewerkschaftliches Ziel – so Hans Beer, Regionalleiter der IG BAU in Franken – ist es aus den 2 Jahren einen Daueraufenthalt anzustreben. Gerade im Bauhandwerk werden dringend Fachkräfte gesucht.

www.spurwechsel-bau.de

Mit dem Projekt QBau, gefördert durch die Bayerische Bauwirtschaft werden durch aufsuchende Bildungsarbeit Inhalte in der Landessprache auf den Baustellen vor Ort ermittelt, ergänzt durch telefonische Informationen oder per Facebook, Messenger. Zusätzlich wird ab Oktober 2022 auch ein berufsbezogener Deutschkurs in München angeboten.

Gerade in der Bildung gibt es große Handlungsdefizite. Hier sind

- die sprachliche Ausbildung,
- die fachliche Aus- und Weiterbildung, die Anerkennung und der Erwerb von Berufsabschlüssen,
- sowie die Weiterbildung über Gesellschaft, Demokratie und Gewerkschaft wichtige Handlungsfelder.

Vor allem die IG BAU ist hier mit ihren Vereinen gefordert. Das PECO-Institut entwickelt angepasste Konzepte, EVW und PSPM erproben diese und können sie umsetzen. Über Beratungsnetzwerke mit Bildungsberatungsinitiativen, Arbeitsämtern, Kammern etc. kann das notwendige Know-How und Unterstützung angeboten werden. Die IG BAU leistet im bildungspolitischen Bereich ihre Unterstützung



► Handeln

Seit 2020 bietet die IG BAU eine spezielle Mitgliedschaft für migrantische Beschäftigte, wenn sie

- ✓ nur vorübergehend in Deutschland arbeiten,
- ✓ in der Landwirtschaft oder Bauwirtschaft tätig sind,
- ✓ der Lebensmittelpunkt nicht in Deutschland ist.

Die Mitgliedschaft endet nach 12 Monaten automatisch und kann jedes Jahr erneuert werden. Sie beinhaltet ab dem ersten Tag:

- ✓ kostenfreie Beratung und Information,
- ✓ Rechtsschutz in den Bereichen Arbeits- und Sozialrecht ab dem ersten Tag der Mitgliedschaft
- ✓ Unterstützung, wenn sie von ihrem Unternehmen für Schäden an Gegenständen und Fahrzeug haftbar gemacht werden
- ✓ Streikunterstützung

Zur Werbung für das Modell wurden Flyer mit den wichtigsten Informationen in acht verschiedenen Sprachen erstellt und verbreitet. Eine Telefon-Hotline wurde in den Sprachen Rumänisch, Polnisch, Bulgarisch, Bosnisch-Serbisch-Kroatisch, Ungarisch und Russisch eingerichtet. Unter <https://igbau.de/Jahresmitgliedschaft.html> finden sich Informationen und die Möglichkeit zur Online-Anmeldung in den verschiedenen Sprachen.

Geworben wird auf Baustellen, Feldern und Unterkünften der Kolleginnen und Kollegen. Mit dem PECO-Institut und dem EVW werden Bildungsmaßnahmen angeboten. Für Hauptamtliche der IG BAU und für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von gewerkschaftsnahen Beratungsorganisationen fanden bisher fünf Schulungen in verschiedenen Regionen statt. In einigen Fällen konnte das Modell erfolgreich umgesetzt werden:

Ein aktueller Fall aus der Bauwirtschaft in Hessen: Im Juli 2022 wurden 94 neue Jahresmitglieder auf einen Schlag gewonnen. In Zusammenarbeit mit Beratungsstellen fordert die IG BAU von sieben Generalunternehmen ausstehende Löhne für ihre neuen Mitglieder aus Rumänien ein, nachdem diese beim Subunternehmen nicht nur ihren Job verloren, sondern

ihnen auch der ausstehende Lohn für Juni nicht gezahlt wurde. Ein anderes Beispiel ist die Arbeit des PSPM in Warschau. Unsere dort arbeitende Kollegin konnte im laufenden Jahr bisher 21 Mitgliedschaften von Kolleginnen und Kollegen aus Polen vermitteln, die bereits vor ihrer Ausreise nach Deutschland eine Jahresmitgliedschaft bei der IG BAU abschließen wollten.

Doch erwartungsgemäß ist die Einführung eines neuen Modells mit Herausforderungen verbunden, insbesondere erschwert die Sprachbarriere zwischen Sekretärinnen und Sekretären der Gewerkschaft einerseits und den migrantischen Beschäftigten andererseits die Betreuung und Unterstützung der Mitglieder. Wichtig ist auch: der Übergang zwischen Verhältnissen der „mobilen Beschäftigung“ und der regulären Beschäftigung in Deutschland kann im Baugewerbe fließend sein. Die Jahresmitgliedschaft sollte die klassische Mitgliedschaft dabei nicht ersetzen.

An folgenden „Baustellen“ muss gearbeitet werden, damit das Modell optimal funktioniert:

- ▶ Die Hotline muss besser organisiert werden
- ▶ Hilfestellungen beim Ausfüllen der Mitgliedsanträge wären notwendig
- ▶ Das Angebot muss noch klarer kommuniziert werden
- ▶ Hilfen für eine bessere Integration in den deutschen Arbeitsmarkt sollten angeboten werden
- ▶ Ein besserer Zahlungsverlauf der Beiträge wäre zu organisieren
- ▶ Unterstützende Maßnahmen bei den Sprachkenntnissen können bei der Werbung helfen

Erste Infos:

<https://igbau.de/Jahresmitgliedschaft.html>
Leistungen, akt. Beitrag, Informationen und Flyer in versch. Sprachen

Flyer (DEU): <https://igbau.de/Binaries/Binary17266/IGBAU-Wanderarbeiter-Jan2022-DEU-web.pdf>



PSPM – unser Partner in Polen

Agata Zurav

Der Polnische Verein für Wanderarbeiter (PSPM) ist eine Lobbyorganisation, die 2005 auf Initiative der Industriegewerkschaft Bau-Agrar-Umwelt (IG BAU) und des Europäischen Verein für Wanderarbeiterfragen e.V. in Warschau gegründet wurde. Das Ziel war polnische Wanderarbeitskräfte über ihre Rechte in Deutschland zu informieren und sie bei der Durchsetzung gerechter Löhne und fairer Arbeitsbedingungen noch vor ihrer Abreise nach Deutschland zu unterstützen.

Die heutigen Ziele des PSPM sind:

- Förderung verbesserter Informationen für Wanderarbeitskräfte über herrschende Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen sowie geltende Arbeitsschutzregelungen in der Bau- und Landwirtschaft im Beschäftigungsland.
- Erweiterung des Wissensstands von mobilen polnischen Arbeitskräften über bestehende Informationsnetze im Zielland.
- Öffentlichkeitsarbeit zum Zwecke der Bekämpfung jedweder Form von Diskriminierung am Arbeitsplatz.
- Hilfen zur Selbsthilfe für Beschäftigte zur Lösung von Problemen, die sich aus ihrer prekären Beschäftigung ergeben,
- Aufbau von stabilen Kooperationsbeziehungen mit Beratungsanlaufstellen innerhalb und außerhalb Polens, z.B. mit dem EVW, IG BAU, Faire Mobilität, Arbeit und Leben sowie Entwicklung von Modellen für die notwendige Verstetigung der Beratungstätigkeit

In der Bauwirtschaft sind jedes Jahr Tausende von Saisonarbeitskräften zwischen Heimatland und Beschäftigungsland unterwegs. Viele davon sind polnische Wanderarbeiter, die ihre Erwerbstätigkeit in Deutschland ausüben.

Obwohl der rechtliche Rahmen für gleiche Löhne für gleiche Arbeit am gleichen Ort bereits lange besteht, werden die Wanderarbeitskräfte von vielen Unternehmen immer wieder ausgebeutet. Ein Grund dafür liegt sicherlich an dem Charakter der mobilen Beschäftigung, die als unsicher beschrieben werden kann: befristeter

Arbeitsvertrag, intransparente Abzüge und die fehlenden Sprachkenntnisse des Gastlandes.

Die Aufklärungsarbeit über die Rechte, Normen und die auf dem deutschen Arbeitsmarkt geltenden Vorschriften sind besonders wichtig. Ziel ist es, dass die erste Wissensvermittlung noch im Herkunftsland erfolgt, am besten, bevor der Arbeitsvertrag unterschrieben wird.

PSPM setzt sich für die Rechte der mobilen Beschäftigten ein. Dies erfolgt durch aufsuchende Informations- und Beratungsarbeit. Erfahrungen und Berichte offenbaren, dass bei den Wanderarbeitskräften ein hoher Beratungsbedarf sowie der Wunsch nach Bildungsangeboten und Informationen in ihrer Muttersprache bestehen. Um in der Lage zu sein, komplexe Beratung anzubieten, ist der PSPM im Rahmen einer Vernetzungsarbeit mit in- und ausländischen Gewerkschaften, Beratungsstellen und Behörden angewiesen.

Wer sucht die Beratung bei PSPM?

Das sind überwiegend polnische Saisonarbeiter, Leiharbeitskräfte, Entsendearbeiter, Werkvertragsbeschäftigte, die zeitlich befristet ihren Erwerb in Deutschland und in anderen EU-Ländern ausüben. Sie sind meistens auf Grund ihrer Beschäftigungsform sowie fehlender Sprachkenntnisse nur gering in das Arbeitsmarktgeschehen des Gastlandes integriert und häufig unter äußerst prekären Arbeitsbedingungen beschäftigt.

Mit welchen Problemen kommen die Arbeitnehmer zu unseren Beratungsstellen?

Ein Großteil der polnischen mobilen Beschäftigten arbeitet in Deutschland in der Baubranche und ist dort unterschiedlichen Formen von prekärer Beschäftigung ausgesetzt:

- Leiharbeit: nicht entlohnte oder falsch gefüllte Arbeitszeitkonten
- Entsendung: kleine oder mittlere Betriebe mit befristeten Arbeitsverträgen, unbezahlte Überstunden, keine Gewährung des Urlaubsgeldes

- Unklare Beschäftigungsverhältnisse wie Scheinselbständigkeit und illegale Beschäftigung.
- kein Lohn oder zu niedriger Lohn,
- Kündigung,
- unsicherer Krankenversicherungsstatus, geringe Sozialversicherungsbeiträge, nicht sachgemäße Auszahlung bzw. Vorenthalt des Urlaubsgeldes

Wie hilft der PSPM?

Durch Informationsvermittlung im Herkunftsland und in der Herkunftssprache wird ein Vertrauensverhältnis aufgebaut. Bei der Beratung werden arbeitsrechtliche Inhalte vermittelt, über Problemsituationen aufgeklärt und Unterstützung bei der Durchsetzung eigener Rechte angeboten (z.B. bei Klärung von Streitigkeiten mit dem Arbeitgeber). In anderen Fällen wird anwaltliche Hilfe organisiert oder eine fachliche Hilfe bei anderen Beratungsstellen oder Arbeitsinspektion, Versicherungsanstalten etc. gesucht.

Die Beratung und Unterstützung in Polen wird auch während **Infoveranstaltungen für Wanderarbeiter** in verschiedenen Regionen Polens angeboten. Die Infoveranstaltungen sind in Kooperation mit polnischen regionalen Branchengewerkschaften organisiert. Für diesen Zweck werden unterschiedliche Informationsmaterialien (z.B.: aktuelle Lohnsätze in Deutschland, Urlaubsanspruch, Rentenversicherung, etc.) von Partner (EVW/IG BAU) sowie eigene entwickelt und verbreitet.

Zusammenarbeit mit Gewerkschaftsstrukturen in Polen, Deutschland und in der Ukraine

Ein wichtiger Aspekt unserer Arbeit ist die Stärkung des nationalen und grenzüberschreitenden Netzwerks. Gute Zusammenarbeit auf der internationalen Ebene kann Arbeitsrechtsverletzungen u.a. vom Entsendeland bis ins Beschäftigungsland entgegenwirken und letztendlich für die Einhaltung von Arbeitnehmerrechten und sozialen Standards sorgen.

Es besteht zurzeit eine gute Zusammenarbeit mit polnischen **Gewerkschaftsstrukturen** der Baubranche ZZ Budowlani, NSZZ Solidarność und in der Landwirtschaft mit der ZZPR mit der IG BAU, dem EVW, und dem PECO-Institut in Deutschland.

In Kooperation mit **IG BAU** betreut PSPM polnisch sprechende IG BAU Mitglieder. Wir unterstützen auch die Betreuung der Mitgliederhotline der IG BAU.

Eine gute Zusammenarbeit gibt es auch mit **den Ukrainischen Bau- und Landwirtschaftsgewerkschaften** – wie auch mit der ukrainischen Gewerkschaft in Polen.

Ca. 500.000 ukrainische mobile Wanderarbeitskräfte werden jährlich auf den polnischen Baustellen und in der Landwirtschaft beschäftigt. Einige von ihnen werden durch polnische Unternehmen nach Deutschland entsandt. Unser Ziel ist, eine enge Kooperation zu organisieren um grenzüberschreitende Informationsangebote und Hilfestellungen anzubieten, um so die Lebens- und Arbeitssituation von Wanderarbeitskräften zu verbessern.





Zusammenarbeit mit anderen NGO's

Ferner wird auch mit anderen Anlaufstellen aus dem Bereich Migration- und Sozialberatung zusammengearbeitet. In bestimmten Fällen werden die Wanderarbeiter gegenseitig aneinander verwiesen. Zu dem Netzwerk zählen Fachberatungsstellen wie zB: La Strada (Menschenhandel, Diskriminierung, sexuelle Belästigung), Barka (polnische Obdachlosen im Ausland), Itaka, Belarussische und Ukrainische Anlaufstellen in Polen.



Bildungsarbeit und Konferenzen

Seit vielen Jahren arbeitet PSPM mit der Friedrich Ebert Stiftung (FES) in Warschau zusammen. Mit der Unterstützung der FES organisieren wir Netzwerktreffen und Konferenzen, mit Themen wie Wanderungsbewegungen in Mittel- und Osteuropa, Informationsaustausch über Sozialversicherungen in Deutschland, einschließlich der SOKA Bau, Sozialer Dialog und Mitgliedschaften in Gewerkschaften, Arbeits- und Gesundheitsschutz.



Viele Gewerkschaften aus anderen MOE-Ländern wie z.B. Moldavien, Litauen, Ukraine, Slowakei, NGO's, Institutionen und Ämter treffen zusammen, um zu diskutieren, Erfahrungen auszutauschen und best practise darzustellen. Dadurch wird das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt: Nur gemeinsam sind wir stark!



Bauarbeit zwischen Rumänien und Deutschland

Wienfried Senker

Laut Kennzahl SOKA-BAU des Geschäftsjahres 2021 waren im Jahr 2021 83.112 Entsandte in 4.345 Firmen in Deutschland auf den Baustellen tätig. Zu erkennen ist, dass die Zahlen der Bauarbeiter aus Polen und Rumänien ansteigen. Die Statistik zeigt auch, dass rumänische Firmen im Schnitt mit mehr Beschäftigten in Deutschland arbeiten. Während polnische Firmen mit ca. 20 Entsandten tätig sind, haben rumänische Firmen ca. 45 Entsandte auf Baustellen beschäftigt. Die durchschnittlichen Zahlen können auch durch unsere Beobachtungen auf Baustellen in Bayern bestätigt werden. Andererseits ist es häufig schwierig auf den Baustellen zu erkennen, ob es sich um entsandte oder um direkt angestellte Beschäftigte handelt.

Rumänische Firmen sind vorwiegend im Rohbau beschäftigt und haben Teams aus Zimmerer, Eisenflechter, Betonierer, Hilfsarbeiter und Kranfahrer.

Unveröffentlichte Zahlen aus 2021 (Januar bis September) weisen rund 10.000 Entsandte aus Rumänien aus, mit 13.000 polnischen Arbeitskräften zusammen, bilden sie die größte Gruppe unter den entsandten Beschäftigten auf den Baustellen.

Interessant ist die Verteilung der Entsandten aus Rumänien auf Bundesländer. In Baden-Württemberg sind ca. 4.500 und in Bayern ca. 2.800, gefolgt von Hessen mit ca. 1.000 tätig.

Aus unseren Kontakten mit den rumänischen Beschäftigten erkennen wir das die Themen die sie beschäftigen sehr breit gestreut sind: Sie reichen von Steuerklassenänderung, Urlaubsverfahren, Kindergeld, nicht fristgerechte Lohnzahlungen bis hin zu Rentenansprüchen, bzw. Insolvenzverfahren der Firmen.

Immer wieder stellen wir fest, dass die Ursachen der Probleme auf Unkenntnis beruhen. Es werden Verträge unterzeichnet ohne Kenntnis des Inhalts, vorgelegte Papiere werden blanco unterschrieben und zu oft wird auf mündliche Versprechungen vertraut.

Die knapp 15.000 rumänischen Entsandten in der deutschen Bauwirtschaft lindern den Mangel an Arbeitskräfte in Deutschland. Doch der

rumänische Baumarkt spürt diesen Mangel auch. So vergibt der rumänische Staat Arbeitsgenehmigungen für Bauarbeiter aus nicht EU-Länder.

Im Frühjahr 2022 sind laut „ITM-Inspectoratul teritorial de muncă-Rumänische Arbeitsagentur“ über 16.000 Arbeitserlaubnisse für den rumänischen Baubereich ausgestellt worden. Der Großteil dieser Beschäftigten kommt aus Indien mit 2.500, gefolgt von der Republik Moldau mit ca. 2.300. Über die soziale und arbeitsrechtliche Situation dieser Arbeitskräfte liegen uns zur Zeit keine Informationen vor.



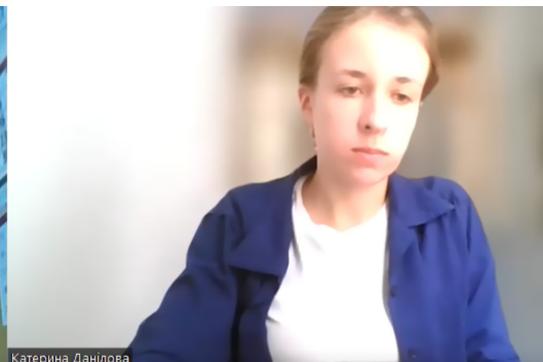
Im Rahmen des rumänischen Wiederaufbau- und Resilienzplans sind sehr viele Bauprojekte vorgesehen. Um diese bis 30.06.2026 umzusetzen benötigt Rumänien noch weitere Arbeitskräfte für den Bausektor. Somit wird es womöglich zu einer Rückholung von Arbeitskräften aus Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern kommen oder eine Ausweitung von Zuzügen aus nicht EU-Ländern.

Im Falle der Abwerbung aus Deutschland, wird der Arbeitskräftemangel in Bausektor in Deutschland verstärkt. Um diesem Prozess entgegen zu wirken, ist wohl einer der Möglichkeiten rumänischen Beschäftigten am Bau attraktivere Entgeltregelungen und Arbeitsbedingungen zu gewähren.



Gewerkschaftsarbeit in Kriegszeiten und solidarische Hilfen

Interview mit Oleg Borysov von der ukrainischen Baugewerkschaft *Kateryna Danilova*



Kateryna Danilova: Die russische Invasion der Ukraine hat die ganze Welt erschüttert. Wie sieht die Gewerkschaftsarbeit im Krieg aus?

Oleg Borysov: Die Ausrichtung unserer Arbeit hat sich in den letzten Monaten stark verändert. Ganz zu Beginn dieses hinterhältigen Krieges haben wir uns als Gewerkschaft vor allem darum gekümmert, die Familien unserer Mitglieder aus den Kriegsregionen zu evakuieren und in Sicherheit zu bringen. Als Nächstes haben wir humanitäre Hilfe für unsere Gewerkschaftsmitglieder geleistet, besonders für diejenigen, die die okkupierten Regionen nicht verlassen konnten. Die Menschen brauchen Lebensmittel, sie brauchen Medikamente und vor allem auch Benzin, um dem Krieg und der Besetzung zu entfliehen. Das alles besorgen wir und geben an die Menschen weiter. Unsere Mitglieder waren für die ganze Hilfe sehr dankbar.

Die informationelle Arbeit bildet einen weiteren wichtigen Baustein unserer Tätigkeiten. Wir haben mit unseren Mitgliedern sichere Kanäle in den Sozialen Medien in der ganzen Ukraine aufgebaut. Außerdem haben wir Info-Material zu Themen der psychischen Gesundheit erstellt und verbreitet. Wegen des Krieges und des täglichen Beschusses wird vielen Menschen stark zugesetzt.

KD: Und wie ist es um die „klassische“ Gewerkschaftsarbeit bestellt?

OB: Zum Teil führen wir auch die Arbeit fort, die wir schon vor dem Krieg gemacht haben.

Zum Beispiel prüfen wir auf den Baustellen, auf denen die Arbeit wiederaufgenommen wurde, die Einhaltung von Sicherheitsvorschriften. Die Situation auf den Baustellen hat sich in den letzten Monaten massiv verschlimmert, es gab ganz viele Unfälle. Sehr wenige Baustellen verfügen über Luftschutzkeller, wo sich die Arbeiter während der Beschießungen verstecken können. Wir bieten Unterstützung für die Arbeitgeber, die solche Räume für die Arbeiter errichten möchten.

KD: Wie hat sich die Situation mit den Arbeitsrechten in den letzten Monaten verändert?

OB: Auch hier hat sich die Lage nach der russischen Großinvasion verschlechtert. Vom ukrainischen Parlament wurden jetzt Änderungen zum Gesetz über den Kriegszustand verabschiedet. Die meisten davon haben auch die Arbeitsrechte negativ beeinflusst. Zum Beispiel erlauben sie den Arbeitgebern, die Arbeitsverhältnisse einseitig zu pausieren. So bleiben die Menschen formell weiterhin eingestellt, de facto arbeiten sie aber nicht und bekommen keinen Lohn. In manchen Betrieben wird nicht mehr gearbeitet, andere wurden zerbombt. Die Gewerkschaft hat es in diesen Zeiten nicht leicht, viele unserer Mitglieder haben ihre Arbeit verloren und wir bleiben unterfinanziert.

KD: Viele Menschen sind aus der Ukraine nach Deutschland gekommen und suchen hier nach einer Arbeit. Können Sie von Ihrer

Initiative berichten, die darum bemüht ist, diesen Menschen zu helfen?

OB: Noch vor dem Krieg hatten wir die Webseite <http://migration.profbud.org.ua> ins Leben gerufen, wo wir Informationen für ukrainische Arbeitsmigranten in der EU gesammelt haben. Wir informierten die Menschen über Themen wie Mindestlohn, Kranken- und Unfallversicherung, Tarifverträge usw. Nach dem Krieg haben wir Angaben hinzugefügt, die den Status der Kriegsflüchtlinge betreffen. Besonders gut an der Webseite ist, dass man hier auch die Kontakte der gewerkschaftlichen Rechtsberatungen im Ausland finden kann. Auch in diesem Bereich wissen wir die Arbeit von unseren ausländischen Kollegen sehr zu schätzen.

KD: Viele geflüchtete Menschen sind sehr gut ausgebildet. Sie können ein Gewinn für Deutschland sein, aber ein großer Verlust für die Ukraine. Wie schätzen Sie die Gefahr eines solchen „Brain-Drain“ ein?

OB: Der „Brain-Drain“ ist leider schon vor dem Krieg eine Realität gewesen. Wegen der Pandemie war der Arbeitsmarkt ins Ungleichgewicht geraten. Aber jetzt gibt es fast keinen Arbeitsmarkt mehr. Der Lohn ist massiv gesunken oder wird nicht ausgezahlt, was im Kriegszustand erlaubt ist. Dass die ukrainischen Geflüchteten in der EU ziemlich einfach eine Arbeit aufnehmen dürfen, hat natürlich die Entscheidung vieler Menschen mitbeeinflusst, nicht in die Ukraine zurückzukehren.

KD: Die europäischen Gewerkschaften haben der Ukraine ihre Solidarität erwiesen. Können Sie davon etwas erzählen? Welche Hilfe brauchen die ukrainischen Gewerkschaften noch?

OB: Die finanzielle Unterstützung bleibt weiterhin sehr wichtig. Damit können wir die Menschen evakuieren, aber auch ihren Lebensunterhalt nach der Evakuierung für bestimmte Zeit sichern. Wir liefern frisches Wasser nach Mykolaiv, wo es derzeit keins gibt. Wir kaufen für die Menschen Medikamente und in den wiedereroberten Gebieten helfen wir, die beschädigten Häuser wiederaufzubauen. Dafür sind finanzielle Mittel nötig und ohne die Hilfe der internationalen Gewerkschaften könnten wir diese nicht bereitstellen.

Wir helfen den Geflüchteten, sowohl in der Ukraine als auch im Ausland. Unsere europäischen Kolleginnen und Kollegen haben uns dabei ab dem ersten Tag unterstützt. Wir mussten nicht einmal nach der Hilfe fragen. Das ist natürlich sehr berührend und eine solche Unterstützung ist unbezahlbar. Es ist eine wahre Freude zu verstehen, dass man in diesen schwierigen Zeiten nicht allein ist. Vielen herzlichen Dank Ihnen, dass sie unsere Arbeit möglich machen.

KD: Vielen Dank Ihnen für die ganz wichtige Arbeit, die Sie leisten!





Arbeitskräfte vom Westbalkan

Anel Crnovrsanin, Sanel Prelic

Die Anzahl der Beschäftigten aus dem Westbalkan in der deutschen Wirtschaft ist in den letzten Jahren konstant gestiegen. Sie haben unter anderem durch Mangel an Deutschkenntnissen eine Vielzahl von Problemen. Sei es,

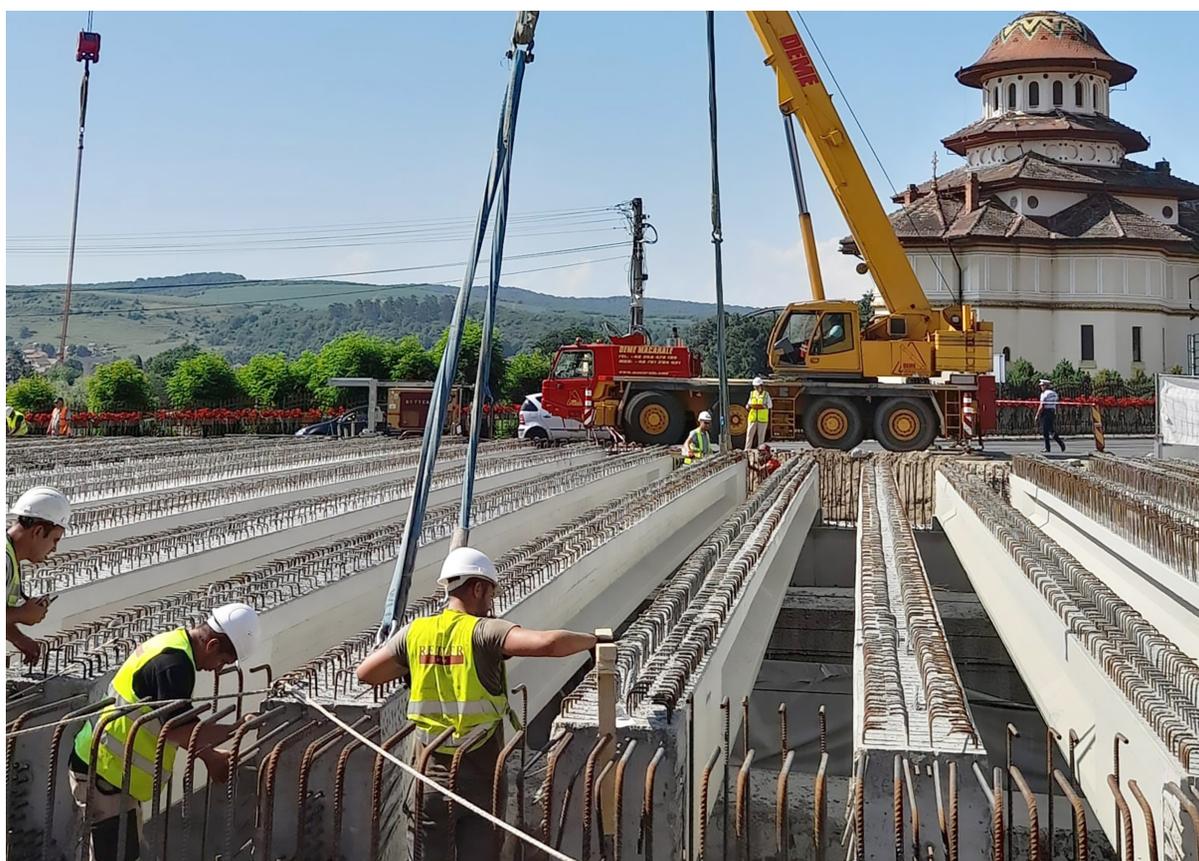
- dass nicht nach Tarif bezahlt wird,
- dass aus Löhnen die Unterkunftskosten einbehalten werden,
- diverse Manipulationen bei schweren Arbeitsunfällen erfolgen oder
- Sozialkassenbeiträge vorenthalten werden.

So kommt es, dass sie häufig keinen ausreichenden Schutz bei Krankheiten und Unfällen, erwerben, ihnen Rentenansprüche verloren gehen und sie keinen bezahlten Urlaub nehmen können.

Eine besondere Rolle bei den Bemühungen der gewerkschaftlichen Unterstützung und Organisation von mobilen Beschäftigten aus dem Balkan spielen das Projekt „QBau“ –

Qualifizierung am Bau für mobil Beschäftigte aus Osteuropa – PECO Institut und das Projekt „Faire Mobilität Hessen“ vom Europäischen Verein für Wanderarbeiterfragen e.V. Projektmitarbeiter informieren in den Landessprachen der südosteuropäischen Kollegen vom Balkan und Rumänien. Im Rahmen der Möglichkeiten organisieren sie Informationskampagnen und Bildungsmaßnahmen zu den Themen Arbeits- und Sozialrecht, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie Sozialkassen und betriebliche Mitbestimmung. Die Zielgruppe wird über die Beratung im Arbeits- und Sozialrecht hinaus, z.B. im Steuerrecht informiert, um eine nachhaltige Verbesserung ihrer Situation zu bewirken.

Die Beschäftigten aus dem Westbalkan mit diesem Angebot auch zu erreichen, ist eine der größten Herausforderungen, vor denen die Projektmitarbeiter stehen. Deswegen suchen die Teams Baustellen und Unterkünfte auf und führen Gespräche mit den Beschäftigten. Dabei kommen auch Flyer mit den wichtigsten Inhalten zum Einsatz.



Quellen

S.2:

https://www.soka-bau.de/fileadmin/user_upload/Dateien/Unternehmen/kennzahlen_2021.pdf

S.5:

Bosch, G. / Hüttenhof, F. 2022, *Der Bauarbeitsmarkt. Soziologie und Ökonomie einer Branche*. DIW 2022, https://www.diw.de/de/diw_01.c.833281.de/publikationen/wochenberichte/2022_01_1/bauwirtschaft__hohe_preisdynamik_setzt_sich_fort____geschaefte_laufen_trotz_corona-krise_gut.html

HDB 2022, Die Bauwirtschaft im Zahlenbild.

SOKA BAU Geschäftsbericht 2021, https://www.soka-bau.de/fileadmin/user_upload/Dateien/Unternehmen/geschaeftsbericht_soka-bau_2021.pdf

<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Zoll/Schwarzarbeitsbekaempfung/illegal-ist-unsozial.html>

Deutscher Bundestag 20. Wahlperiode, Drucksache 20/1223 vom 25.03.2022, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Susanne Ferschel, Christian Leye, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Drucksache 20/779- Mindestlohnkontrollen in den Bundesländern.

Zum Sammelband haben beigetragen:

Michael Baumgarten, *Geschäftsführer des PECO-Instituts, Berlin*

Anel Crnovrsanin, *EVW, Berater in Bosnisch, Kroatisch, Serbisch und Mazedonisch, Kassel*

Kateryna Danilova, *EVW, Beraterin in Ukrainisch und Russisch, Berlin/Frankfurt und Oleg Borisov*

Thomas Hentschel, *EVW, Geschäftsführer, Berlin, PSPM Vorstand*

Benjamin Luig, *EVW, Branchenkoordinator Bau und Landwirtschaft, Faire Mobilität, Berlin*

Wienfried Senker, *PECO-Institut e.V. Projektmitarbeiter, München*

Ileana Pflingstgräf-Borsos, *EVW, Geschäftsführung und Projektleiterin, Frankfurt/Mainz*

Sanel Prelic, *PECO-Institut e.V., Projektmitarbeiter, München*

Agata Zurav, *PSPM, Vorsitzende, Warschau*

Vielen Dank!

Der Europäische Verein für Wanderarbeiterfragen e.V. ist ein Berufsverband, der 2004 auf Initiative der Industriegewerkschaft Bau- Agrar-Umwelt (IG BAU) gegründet wurde. Er hat die Zielsetzung, Wanderarbeitskräfte und migrantische Beschäftigte über ihre Rechte zu informieren und sie bei der Durchsetzung gerechter Löhne und fairer Arbeitsbedingungen zu unterstützen.

www.emwu.org

Das PECO-Institut e.V. ist ein Verein der IG BAU. Unser Ziel ist es durch Recherchen und die Umsetzung von Bildungsmaßnahmen die Situation der Beschäftigten in den Branchen Land- und Forstwirtschaft, Baugewerbe und Gebäudereinigung zu verbessern. Mit unserer Expertise beeinflussen wir politische Prozesse. Dazu setzen wir uns mit wichtigen Zukunftsthemen wie Migration, Klimawandel oder dem gesellschaftlichen Rechtsruck auseinander. Wir haben eng mit Multiplikator*innen aus den Branchen zusammen, um unsere Erkenntnisse zu verbreiten.

www.peco-ev.de